

Wie Apartheid-Sanktionen eine neue Politikform geschaffen haben

Mascha Madörins Studie zu den Apartheid-Sanktionen macht den internationalen Kontext klar, in dem eine breite, menschenrechtlich engagierte Bewegung entstanden ist. Und sie zeigt die Defizite offiziöser Geschichtsschreibung.

Stefan Howald

Boykotte und Sanktionen stellen das wichtigste Mittel der internationalen Gemeinschaft dar, gegen ein Unrechts-Regime vorzugehen. Ein klassisches Beispiel liefern die Sanktionen gegen das Apartheid-Regime in Südafrika. Leider ist dem Thema im Rahmen des NFP 42+ nur ungenügende Beachtung geschenkt worden (siehe obenstehenden Artikel). Die Lücke füllt eine Studie der langjährigen AFP-Mitarbeiterin Mascha Madörin, in Auftrag gegeben von der Recherchiergruppe Schweiz-Südafrika.

Madörins Studie «Isolate Apartheid – Free South Africa» zeigt, dass Boykotte für die schwarze Bevölkerung in Südafrika im ganzen 20. Jahrhundert ein Instrument des Widerstands bildeten. Dies galt ebenfalls für die indischen Gemeinschaften in Natal und Transvaal, die 20 Jahre lang von Mahatma Gandhi beraten und vertreten wurden; deswegen spielte Indien später eine wichtige Rolle in der Anti-Apartheid-Front. Die Studie zeigt auch, dass die Wirtschaftssanktionen von aussen als *people's sanctions* von einer breiten Bewegung im Land selbst gefordert und unterstützt wurden. Das unterschied sie von den UNO-Sanktionen gegen den Irak unter Saddam Hussein. Da im Irak keine zivilgesellschaftliche Bewegung vorhanden war und vom Westen auch nicht ermutigt wurde, konnte Saddam die Lasten der Sanktionen einseitig auf die Bevölkerung abwälzen; gleichzeitig wurde das Sanktionenprogramm, da es weder im Irak noch im Ausland eine kritische Gegeninstanz gab, korruptionsanfällig.

Die Anti-Apartheid-Bewegung war ein breit gefächertes Bündnis. Madörins Studie differenziert die Positionen verschiedener Akteure in Südafrika und im Ausland: Von den USA und Grossbritannien bis zu den Blockfreien, von der UNO über kirchliche

Organisationen bis zu den sich neu bildenden autonomen Nicht-Regierungsorganisationen. Dabei zeigen sich Wechselbeziehungen. Ein in den USA entwickelter Verhaltenskodex für ausländische Unternehmen stärkte die südafrikanischen Gewerkschaften; und die gestärkten Gewerkschaften konnten die Forderung nach einer Isolierung des Apartheid-Regimes glaubwürdiger vertreten.

Während sich ein Waffenembargo schon bald als kleinster gemeinsamer Nenner durchgesetzt hatte, blieben andere Sanktionen umstritten. Desinvestitionen, d. h. den Rückzug ausländischer Investitionen, unterstützten die südafrikanischen Gewerkschaften zum Beispiel erst ab 1984. Gegen die Sanktionen wurden von den sich liberal verstehenden südafrikanischen Wirtschaftsführern gerne vorgebracht, man solle doch auf die Selbstreinigungskräfte der Ökonomie vertrauen, da nur ein Wirtschaftswachstum die evolutionäre Eingliederung der schwarzen Bevölkerung ermögliche. Madörin zeigt, wie solche Argumente an der wirtschaftlichen Realität vorbezielten. Es ist im Übrigen das selbe Argument, das heute, in abgeschwächter Form, auch gegen die Kritiker der Globalisierung vorgebracht wird.

Neue Politikform

«In der Anti-Apartheid-Bewegung wurden politische Formen entwickelt, die heute viele Gruppierungen zu den verschiedensten politischen Themen praktizieren [...So] entstand ein neues Politikverständnis», schreibt Madörin. Boykotte und Sanktionen ermöglichten den Einzelnen, selber tätig zu werden. Während offizielle Institutionen wie die UNO vor allem mit der Gefahr für den Frieden argumentierten, die vom Apartheid-Regime ausging, argumentierte die autonome Bewegung immer auch mit den Menschenrechten. Darin steckte die Frage, wer über internationale Boykotte entscheiden darf, wobei Regierungen gegenüber Nicht-Regierungsorganisationen mit dem Souveränitätsprinzip der Staaten ein Entscheidungsmonopol behaupteten und behaupten.

Mascha Madörin, seit 30 Jahren mit Afrika vertraut, ist Wissenschaftlerin und politische Aktivistin. In der vorliegenden Studie wird mustergültig ein produktives Verhältnis zwischen den beiden Funktionen gezeigt. Einschätzungen aus der Zeit und dem Innern der Bewegung heraus erweisen sich als schlüssiger als die von aussen herangetragenen Kategorien. Mehr noch: Immer wieder sind Hinweise und Materialien eingestreut, die aus einem reinen Archivstudium nicht zu gewinnen wären, etwa Bemerkungen darüber, wie Erkenntnisse der

Bewegung erst durch den quasi offiziellen Segen der UNO in eine breitere Öffentlichkeit gelangten.

Ob Sanktionen auch gewirkt haben?

In einem abschliessenden Kapitel stellt Madörin neue «Fragen zur schweizerischen Politik gegenüber der Apartheid». Neben notwendigen Provokationen an die offizielle Schweiz wird darin ansatzweise auch auf die möglichen Wirkungen der Sanktionen eingegangen, zu denen die Studie ansonsten keine eigenständigen Untersuchungen anstellen konnte. Die Hinweise auf die Entlegitimierung, den Imageverlust, die Untergrabung von Perspektiven für die südafrikanische Wirtschaft zeigen allerdings deutlich, dass bedeutsame Wirkungen ausser Frage stehen. Interessant wären weiter führende Untersuchungen zum Verhältnis von ökonomischen und «weicheren» Sanktionen wie Kultur- und Sportkontakte. Zum Kontext und den Auseinandersetzungen um Sanktionen aber ist diese Studie ein Standardwerk.

Mascha Madörin: Isolate Apartheid – Free South Africa. Die internationale Debatte zu Sanktionen. (Apartheid-Connections-Materialien 3). Basel 2005, 80 Seiten, 20 Franken. Zu beziehen beim SOLIFONDS (044 272 60 37; mail@solifonds) oder bei der AFP (061 693 17 00; afp@aktionfinanzplatz.ch).